

ROTE POST



Nr. 96

April 2026

DIE INTERNATIONALE ANTIIMPERIALISTISCHE LIGA WURDE GEGRÜNDET:

ANTIIMPERIALISTEN DER WELT, VEREINIGT EUCH!



INHALT

3 EDITORIAL

INTERNATIONAL

- 4 I. KONGRESS DER INTERNATIONALEN ANTIIMPERIALISTISCHEN LIGA:
EIN BERICHT**
- 9 NIEDERLAGE DES US-IMPERIALISMUS IN IRAN**
- 11 VENEZUELA: RODRÍGUEZ FÜHRT DIE NATIONALE KAPITULATION**
- 17 USA-AGGRESSION GEGEN KUBA**

BILD DES MONATS

- 12 GRÜNDUNGSKONGRESS DER AIL**

BRD

- 19 STAATLICH FORCIERTE ARMUT - VERSCHÄRFTE AUSBEUTUNG**

KULTUR

- 22 STAATSRÄSON SCHLÄGT MEINUNGSFREIHEIT**

KONTAKT

Bei Fragen, Anmerkungen, Vorschlägen oder Anfragen für
Abos schreibt uns eine Mail an
rotepost@gmx.de

V. I. S. D. P.

Franziska Vogler
Blodigstr. 15
80933 München

EIGENTUMSVORBEHALT

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung einschließlich ihrer Beilagen solange Eigentum der/des AbsenderIn, bis sie den Gefangenen ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme“ ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Rote Post den Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie der/dem AbsenderIn mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzuschicken.

Liebe Leser der Roten Post,

die Internationale Antiimperialistische Liga wurde nach langer Vorbereitung gegründet. Über 150 Antiimperialisten aus mehr als 50 Delegationen von Organisationen aus 14 Ländern und allen Kontinenten versammelten sich zu einem Akt der Einheit und gründeten auf dem ersten Kongress die Internationale Anti-imperialistische Liga, ein wichtiger Sieg für die antiimperialistische Sache. Es wurde eine internationale Kraft geschaffen, die die Einheit und den Kampf unterdrückter Völker gegen den gemeinsamen Feind stärkt: den Imperialismus.

Ein großes Kontingent kam aus Brasilien, mit 17 Organisationen, aus der Türkei war Partizan anwesend. Weitere Delegationen, waren die Front zur Verteidigung der Volkskämpfe aus Ecuador, und 13 kolumbianische Organisationen. Auch aus Chile, Frankreich, Österreich, Spanien, Norwegen, Finnland, Schweden, Dänemark und den Vereinigten Staaten waren Anti-imperialisten Teil des Kongresses. Wir kommen schließlich nicht umhin hervorzuheben, dass eine der größten Delegationen aus Antiimperialisten aus Deutschland bestand, was zeigt, welches Gewicht diesem internationalen Projekt hier im Land zugesprochen wird. Neben den Anwesenden übermittelten auch andere Organisationen, die nicht am Kongress teilnehmen konnten, ihre Grüße zur Gründung dieser neuen anti-imperialistischen Front. Diese stammen von Réunion, aus Korsika, Venezuela, Bolivien und Russland. Darüber hinaus übermittelten Persönlichkeiten aus Palästina und Indien ebenfalls ihre Grüße.

Es war ein Akt der Entschlossenheit und eine direkte Herausforderung des Imperialismus inmitten der Verschärfung des Klassenkampfes und des imperialistischen Angriffs auf das ecuadorianische Volk. Mit Ausgangssperren und zunehmend brutalen militärischen Angriffen auf revolutionäre und demokratische Organisationen hatte die Repression in den letzten Wochen in der Region zugenommen und einen Ortswechsel für die Veranstaltung erzwungen. Trotzdem konnte direkt vor den Augen des Imperialismus, inmitten eines erbitterten Klassenkampfes und Krieges, der Kongress erfolgreich abgehalten werden und demonstrierte, dass nichts den Kampf unterdrückter Völker aufhalten kann. Diese Veranstaltung war nicht nur ein Erfolg, sondern auch eine klare Botschaft: Die neue Organisation ist im Kampf entstanden und wird im Kampf erwachsen, so wie es die Zeit, in der wir leben, erfordert.

Die Internationale Antiimperialistische Liga ist eine antiimperialistische, antikoloniale, antifaschistische und antifeudale Organisation, gegen den Imperialismus, seine Handlanger und alle Formen der Reaktion, Quelle aller Probleme, mit denen die Völker der Welt konfrontiert sind. Sie kämpft für die breiteste Einheit der Arbeiter, Völker und unterdrückten Nationen im Kampf gegen die ideologischen, politischen, wirtschaftlichen, militärischen und kulturellen Angriffe des Imperialismus und der unterdrückenden und ausbeuterischen herrschenden Klassen. Die AIL unterstützt den Kampf der Nationen für Unabhängigkeit und ihr Recht auf Selbstbestimmung und setzt sich für die Verteidigung der Souveränität und territorialen Integrität jeder Nation ein.

Am 1. Mai wird die Fahne der Internationalen Antiimperialistischen Liga in Deutschland und vielen Ländern der Welt in den Reihen des marschierenden Proletariats wehen.

Eure ROPO-Redaktion

I. KONGRESS DER INTERNATIONALEN ANTIIMPERIALISTISCHEN LIGA: EIN BERICHT

Die Internationale Antiimperialistische Liga ist eine antiimperialistische (und damit gegen das kapitalistische System gerichtete), antikoloniale, antifaschistische und antifeudale Organisation. Sie treten ein gegen den Imperialismus, seine Handlanger und alle Formen der Reaktion. Sie vertritt die Auffassung, dass all diese als „Papiertiger“ zum Scheitern verurteilt sind. Die Internationale Antiimperialistische Liga betrachtet das imperialistische System als die Quelle aller Probleme, mit denen wir konfrontiert sind.

Daher richtet sich ihr Kampf nicht nur gegen die offensichtlichen negativen Folgen, sondern zielt auch darauf ab, die Ursachen dieser Folgen zu beseitigen. Die Internationale Antiimperialistische Liga basiert auf dem Prinzip des demokratischen Zentralismus, verfolgt die Politik „von den Massen zu den Massen“ und wendet den Mechanismus der Kritik und Selbstkritik als Methode der Rechenschaftspflicht gegenüber den Massen an, wie es diese Politik erfordert.

Die Internationale Antiimperialistische Liga kämpft für die breiteste Einheit der Arbeiter, Völker und unterdrückten Nationen gegen den Imperialismus. Um diese Aufgabe zu erfüllen, verpflichtet sie sich, entsprechend den revolutionären Erfordernissen für die Einheit zu kämpfen. Die unterdrückten Massen und Nationen der Welt werden den „Riesen auf tönernen Füßen“ vom Erdboden fegen.

Die Internationale Antiimperialistische Liga unterstützt den Kampf des Weltproletariats, der Bauern und anderer Massen der Völker und unterdrückten Nationen gegen die ideologischen, politischen, wirtschaftlichen, militärischen und kulturellen Angriffe des Imperialismus und der unterdrückenden und ausbeutenden herrschenden Klassen, die Teil der reaktionären Ketten sind, und ist Teil dieses Kampfes. Die AIL unterstützt den Kampf der Nationen für Unabhängigkeit und ihr Recht auf Selbstbestimmung und setzt sich für die Verteidigung der Souveränität und territorialen Integrität jeder Nation ein.

Die Abhaltung des Ersten Kongresses war ein Akt der Entschlossenheit und eine direkte Herausforderung des Imperialismus inmitten der Verschärfung des Klassenkampfes. Der antiimperialistische und internationalistische Geist war in den zahlreichen Beiträgen und Grußworten der anwesenden Organisationen deutlich spürbar.

Was diesen Ersten Kongress wirklich prägte, war die lebhafteste politische und ideologische Diskussion. Drei Tage lang standen so Debatten im Mittelpunkt, die als „sehr positiv“ beschrieben wurden, da unter den Kongressteilnehmern eine „größere und stärkere Einheit“ erreicht und ein gemeinsames Verständnis der unmittelbaren Aufgaben der neu gegründeten Internationalen Antiimperialistischen Liga geschaffen wurde.





Die Hauptursache für Hunger, tiefe und weit verbreitete Armut sowie unzählige ungerechte Raub- und Spaltungskriege, die die Völker der Welt ein ums andere Mal ins Verderben stürzen, ist das imperialistische System, welches unsere Welt beherrscht. Aus dieser Perspektive muss die Menschheit dieses verfaulte System auf den Müllhaufen der Geschichte werfen. Es gibt keinen anderen Weg und keine Zwischenlösung.

Die Antiimperialistische Liga positioniert sich direkt als Teil des Klassenkampfes und vertritt eine seiner beiden antagonistischen Seiten. Ihre Linie umfasst die Vertretung der gerechten und legitimen Forderungen der Arbeiter, der armen und landlosen Bauern, anderer werktätiger Schichten, einschließlich der Kleinbourgeoisie und fortschrittlicher Intellektueller sowie der unterdrückten Völker und Nationen weltweit. Das geht über bloße Klagen oder Widerstand gegen die aktuelle Situation hinaus; sie zielt darauf ab, die Wurzel der Unterdrückung und Ausbeutung in diesem rücksichtslosen System auszurotten. Ziel ist es, den Widerstand gegen Ungerechtigkeiten in eine organisierte Kraft zu verwandeln, verschiedene Schichten und Klassen zu vereinen und sie für die Revolution zu mobilisieren.

Während die Eigentümer des ausbeuterischen Systems rücksichtslos miteinander konkurrieren, um

einen größeren Anteil an der Ausbeutung zu erlangen und den Umfang der Ausbeutung auszuweiten, bilden sie gleichzeitig internationale Bündnisse gegen die Arbeiterklasse und die unterdrückten Völker der Welt. Während die herrschenden Klassen versuchen, sowohl das imperialistische Ausbeutungssystem als auch ihre eigenen Herrschaftsbereiche durch wirtschaftliche, politische und militärische Organisationen auf nationaler und internationaler Ebene zu sichern, verweigern sie den unterdrückten Völkern und Klassen das Recht auf Auflehnung. Sie versuchen mit allen Mitteln, diese Kämpfe zu blockieren, zu spalten oder zu unterdrücken, denn die Einheit, der gemeinsame Kampf und die Organisation der Unterdrückten und Ausgebeuteten sind ihre größte Angst. Die AIL erkennt die Notwendigkeit an, den spontanen Kampf der Massen durch Aktion mit der bewussten Kraft zu vereinen.

Um die Einheit der verschiedenen Teile, Klassen und Völker, die den antiimperialistischen Kampf ausmachen, zu gewährleisten und alle Bewegungen auf die Zerschlagung des imperialistischen Systems auszurichten, ist es entscheidend, den Opportunismus innerhalb des Klassenkampfes und des Befreiungskampfes der unterdrückten Nationen zu bekämpfen. Opportunismus, Revisionismus und Reformismus versuchen, die Richtung der antiimperialistischen Kämpfe abzulenken, sie in den Dienst

des Imperialismus und der Reaktion zu stellen, eine versöhnlerische Linie und Praxis zu verfolgen, sie zu spalten und in die Sackgasse des Reformismus zu führen oder sie der einen oder anderen imperialistischen Macht zu unterwerfen.

Im weltweiten Kampf zur Überwindung des Imperialismus sind die riesigen Massen der armen Bauern die Hauptkraft, die die Mehrheit der Ausgebeuteten und Unterdrückten der Welt ausmachen. Die Bauern kämpfen um Land gegen die Großgrundbesitzer, die Hauptverbündeten des Imperialismus in den unterdrückten Nationen, und daher wird die Entwicklung der Agrarrevolution in den unterdrückten Nationen dem imperialistischen Weltsystem entscheidende Schläge versetzen.

Deshalb kämpft die AIL für den Aufbau eines festen Bündnisses zwischen Arbeitern und Bauern und betrachtet diese Einheit als die grundlegende Basis für den Aufbau einer mächtigen antiimperialistischen Front.



Der antiimperialistische Kampf muss die sozialen und nationalen Befreiungskämpfe auf revolutionäre Weise gegen den Imperialismus, seine Kollaborateure und Handlanger lenken. Alle sozialen Probleme und Widersprüche sollten so angegangen werden, dass das imperialistische System als Ursache des Problems ins Visier genommen und die reaktionäre politische Macht bekämpft wird. Solidarität mit diesen Kämpfen zu zeigen ist unerlässlich; andernfalls kann man nicht Antiimperialist sein.

Die Antiimperialistische Liga ist geprägt vom Vertrauen in die organisierte Kraft der unterdrückten Völker und Massen sowie von revolutionärer Gewalt als entscheidenden Formen des Kampfes.

Sie unterstützt die nationalen Befreiungskriege, revolutionären Kriege und Volkskriege. Unter den gegenwärtigen Bedingungen, unter denen der Imperialismus Milliarden von Menschen zwingt, unter sklavenähnlichen Bedingungen zu leben, unter denen die Menschen der härtesten Unterdrückung ausgesetzt sind und die blutige Besatzungs-, Aggressions- und Plünderungskriege fördern, ist es die Verantwortung der antiimperialistischen Front, die Einheit der antiimperialistischen Bewegung herzustellen und den Klassenkampf gegen Imperialismus und Reaktion voranzutreiben.

Der erste Tag des Ersten Kongresses der Internationalen Antiimperialistischen Liga war den Begrüßungen gewidmet. Die große Bedeutung dieses Ereignisses wurde von allen Delegationen hervorgehoben, da nun eine Formation existiert, die Organisationen aus verschiedenen Ländern, vorwiegend aus halbfeudalen und halbkolonialen Staaten, in ihrem Kampf gegen den Imperialismus vereint.

Die Stimmen aus so vielen verschiedenen Ländern trugen dazu bei, das Verständnis der Internationalen Antiimperialistischen Liga als einer weltweiten Organisation zu erweitern, die global als eine Einheit agiert.

Am zweiten Tag wurde der Entwurf des Gründungsmanifests der AIL hinsichtlich ihrer politischen und ideologischen Ausrichtung eingehend erörtert. Alle teilnehmenden Organisationen beteiligten sich an dieser lebhaften und breit angelegten Diskussion, wodurch unterschiedliche Standpunkte zu den unmittelbaren Aufgaben und der politischen Grundlage der neu gegründeten Organisation eingebracht und diskutiert werden konnten. In allen Beiträgen wurde betont, dass eine intensive Debatte nicht nur wünschenswert, sondern „unabdingbar für das Erreichen einer festen und echten Einheit“ sei.

In Dokumenten wurde die Notwendigkeit hervorgehoben, gegen alle Imperialisten zu kämpfen, und die Unterstützung der gerechten Kämpfe der Völker gegen jede imperialistische Aggression betont. Das Beispiel der palästinensischen nationalen Widerstandsfront und der Operation „Al-Aqsa-Flut“, die dem US-Imperialismus und Israel einen schweren

Schlag versetzte, wurde hervorgehoben. Dieser Kampf beweist erneut, dass die Völker allmächtig sind und selbst der stärksten Militärmacht der Welt schwere Schläge versetzen können.

Hervorgehoben wurde auch der iranische nationale Widerstand und der Widerstand verschiedener latein-amerikanischer Völker sowie der Kampf der indischen Völker, die durch die Operation Kagaar schwere Verluste durch den alten indischen Staat erlitten haben.

Anschließend präsentierten verschiedene Delegationen kulturelle Beiträge. Hervorzuheben war dabei ein Video von Partizan über die gefallenen Kämpfer des Volkskrieges, in dem insbesondere der Genossen Rosa und Nubar gedacht wurde. Revolutionäre aus Brasilien zeigten ein Video über den Kampf um Land, Landbesetzungen und die Revolutionsgebiete, die Repression des alten Staates und zum Gedenken an die von ihm getöteten Genossen, Genosse Gedeon, Genosse Rafael und den kürzlich ermordeten Genossen Flecha.

Der dritte Tag war geprägt von der durch die Debatten des zweiten Tages erreichten größeren Einheit und dem gemeinsamen Bemühen aller Organisationen, sich auf einer soliden anti-imperialistischen Grundlage zu vereinen und den großen Schritt der Gründung der neuen Internationalen Antiimperialistischen Liga erfolgreich zu vollziehen. Nach der Diskussion über das Gründungsmanifest und die Statuten wurden auf Grundlage der vorangegangenen Diskussionen Änderungen am Dokument vorgenommen.

Dies markierte die erfolgreiche Gründung der Internationalen Antiimperialistischen Liga auf ihrem siegreichen Ersten Kongress.

Es wurden sechs politische Resolutionen verabschiedet, die das palästinensische Volk und seinen Widerstand und die Kriegsgefangenen, den Kampf Irans gegen die US-amerikanische und israelische Aggression, den Kampf gegen die Intervention der USA in Venezuela und Lateinamerika, den Widerstand gegen die imperialistische Aggression in der Ukraine, den Kampf gegen die Operation Kagaar



und die Neue Volksarmee (NPA) der Philippinen, die ihr 57-jähriges Bestehen feiert, unterstützten.

Des Weiteren ein Aktions-Aufruf für den G7-Gipfel in Frankreich und eine gemeinsame internationale Kampagne für den 1. Mai wurde unter dem Motto „Antiimperialisten der Welt, vereinigt euch!“ verabschiedet.

Nach dem erfolgreichen Abschluss der politischen Debatten präsentierten die Delegationen weitere kulturelle Beiträge. Dabei wurde unterstrichen, dass Kultur eine Waffe im Kampf ist und im Dienste des Volkes stehen muss. „Bandera Roja“ aus Chile und die kolumbianischen „Soldados Rojos“ performten außergewöhnlich. In weiteren Darbietungen wurden kämpferische Texte mit traditioneller Musik des Volkes verbunden.

Der Erste Kongress der Internationalen Antiimperialistischen Liga und die erfolgreiche Gründung dieser Organisation stellen den Höhepunkt eines mehr als zwei Jahre andauernden Diskussionsprozesses auf internationaler und nationaler Ebene dar, der zu einem einheitlichen Verständnis der aktuellen Weltsituation und der Aufgaben der Antiimperialisten geführt hat. Eines der Hauptziele dieses Kongresses war der Aufbau einer möglichst breiten Front gegen

den Imperialismus und seine Handlanger, die fest an revolutionären Prinzipien festhält und ihren kämpferischen, konsequenten Kampf fortsetzt, ohne Zugeständnisse der Klassenversöhnung zu machen. Es ist entscheidend, die Zersplitterung zu überwinden und die Kräfte im Kampf unter dem Motto „Wagt zu kämpfen, wagt zu siegen!“ zu vereinen.

Die Vereinigung von fast 50 Organisationen und 14 Ländern auf einem Kongress, dessen Durchführung durch reaktionäre Aktionen zu verhindern versucht wurde, war eine beachtliche Leistung. Allein die erfolgreiche Durchführung der Konferenz bedeutete schon einen schweren Schlag gegen die Reaktion.

Die Einheit ist nun stärker, und unter dem Motto „Antiimperialisten der Welt, vereinigt euch!“ setzt sich die Internationale Antiimperialistische Liga entschlossen für ihr Ziel ein: den Imperialismus zu begraben und die unterdrückten und ausgebeuteten Völker zu befreien.

Der Gründungskongress der AIL endete unter dem Enthusiasmus von Parolen wie „Es lebe die Antiimperialistische Liga“, „Hoch die internationale Solidarität“, „Tod dem Imperialismus“ und vielen weiteren. Insbesondere wurde dabei auch der Kampf des indischen Volkes hervorgehoben.



NIEDERLAGE DES US-IMPERIALISMUS IN IRAN

Am 28. Februar griff der US-Imperialismus gemeinsam mit seinen Lakaien, dem Staat Israel und seinen arabischen Knechten, Iran an. Dies passierte unter dem Vorwand, man wolle verhindern, dass der Iran Atomwaffen herstelle und ihn dazu zu zwingen, sein Atomprogramm zu beenden. Des weiteren wurde behauptet Iran habe ein Langstreckenraketen-Programm aufgesetzt. Alles plumpe Lügen, die die Völker der Welt immer wieder hören, wenn die Amis Iran überfallen. Außerdem sollte ein Regime-Change durchgesetzt werden. Diese verabscheuungswürdige imperialistische Aggression fand während der Verhandlungen über das iranische Atomprogramm statt und unterbrach jede Möglichkeit des Dialogs. Das zeigt, dass die imperialistischen Mächte, wenn sich die unterdrückten Nationen nicht im Rahmen des Dialogs den Forderungen der Imperialisten unterwerfen, diese mit Krieg durchsetzen und damit alle Behauptungen über eine „friedliche Lösung“ entlarven. Es kam zu massiven militärischen Angriffen, bei einem Angriff auf eine Mädchenschule kamen über 150 Kinder ums Leben. In mehreren Fällen kam es zu Angriffen auf Krankenhäuser und es gab mehrere Angriffe auf zivile Infrastruktur, was unter internationalem Recht ein Kriegsverbrechen darstellt. Das Kriegsvölkerrecht oder auch ius in bellum (das Recht im Krieg) beinhaltet den verpflichtenden Grundsatz von Kriegsparteien, zwischen Kombattanten / militärischen Objekten und Zivilpersonen / zivilen Objekten zu unterscheiden und nur legitime militärische Ziele anzugreifen. Insgesamt hat der US-Imperialismus gemeinsam mit dem Staat Israel das Blut von mehr als 2.000 Iranern an den Händen, wenn man nur die letzten Opfer rechnet. Währenddessen besetzt Israel den Südlibanon und kündigt seine Intention an, diesen zu annektieren während es den Libanon wieder massiv bombardiert. Mehrere Regierungsmitglieder Irans wurden bei Luftangriffen der USA und Israels ermordet, darunter Ajatollah Chamenei, der oberste religiöse Führer des Irans, sowie der Verteidigungsminister sowie einige andere wichtige militärische und politische Führer.

Dieser Angriff ist ein Teil des Plans der Amis für Westasien, um das Abraham-Abkommen, in welchem sie einen „neuen Mittleren Osten“ schaffen und die Nationale Widerstandsfront von Palästina isolieren wollen, durchzusetzen. Das ist ein Abkommen, in welchem die unterzeichnenden reaktionären arabischen Staaten Israel anerkennen und somit die diploma-

tische Isolierung Israels in der Region aufgehoben wird, wodurch Israel mehr Legitimität erhalten soll. Dasselbe ist der Fall mit Syrien, das ein wichtiger Bestandteil der Logistik der „Achse des Widerstands“ war. Mit dem Fall des Assad-Regimes ist es für den Iran wesentlich schwieriger, die nationale Widerstandsfront von Palästina und die Hisbollah im Libanon mit Waffen zu versorgen.

Als Antwort darauf schoss der Iran Raketen und Drohnen gegen Israel und Militärbasen des US-Imperialismus in den Golfstaaten sowie Militärbasen des Vereinigten Königreichs, welche von den Streitkräften der USA verwendet wurden. Auch die Hisbollah schoss Raketen und nach einiger Zeit, als absehbar wurde, dass die USA den Krieg nicht gewinnen werden, wurde auch der Jemen, bzw. die „Huthis“ Teil des Krieges. Die Luftabwehr des Irans schoss einen F-15 Kampfflugzeug, sowie eine A-10 Warthog (Bodenkampfflugzeug) der USA ab. Über 10 Soldaten des US-Imperialismus und über 20 Israelis sind bis jetzt ums Leben gekommen. Verschiedene ökonomische Ziele der arabischen Lakaien des US-Imperialismus wurden bombardiert, unter anderem Ölfelder der Aramco, ein staatlicher saudi-arabischer Konzern. Im Irak griffen mit dem Iran sympathisierende Kräfte US-Basen an, es kam zu Demonstrationen und Kämpfen vor US-Botschaften, die US-Botschaft in Pakistan wurde gestürmt, bis die Polizei scharf auf die Demonstranten schoss und dabei mehrere Menschen ermordete. Seit Beginn des Krieges blockierte der Iran die Straße von Hormus, indem er die Schiffe, die sie durchqueren wollten, daran hinderte. Die Straße von Hormus ist ein Engpass im persischen Golf, über den die Golfstaaten wie Katar und Saudi-Arabien ihr Öl verschiffen. Das hat dazu geführt, dass die Benzinpreise in den imperialistischen Ländern Europas und auch in den USA stark gestiegen sind. Der iranische Widerstand war entschlossen und brachte der Yankee-Regierung ernsthafte Probleme, was zu zahlreichen internen Spaltungen, politischen Misserfolgen und sogar erheblichen Krisen führte. Diese entschlossene bewaffnete Reaktion der iranischen Nation und des heldenhaften iranischen Volkes auf die militärische Aggression des Yankee-Imperialismus ist ausdrücklich zu begrüßen.

In der Nacht vom 7. auf den 8. April, kurz vor dem Ablauf von Trumps „Deadline“, bei der er drohte, die



Volksmassen feiern den Sieg im Widerstand gegen die USA-Aggression

gesamte kritische Infrastruktur Irans zu vernichten, nachdem er diese schon mehrfach verlängert hatte, wurde ein Waffenstillstand zwischen der iranischen Regierung und dem US-Imperialismus verhandelt. Es zeichnet sich ab, dass dieser Krieg eine Niederlage auf ganzer Linie für den US-Imperialismus ist. Der Hauptfeind der Völker der Welt hat kein einziges seiner strategischen Ziele für diesen Krieg erreicht und musste ein weiteres Mal mit seinem Schwanz zwischen den Beinen fliehen. Er konnte keinen Regime-Change erreichen und auch das Atomprogramm des Irans (welches nach Angaben des Iran, welcher den Atomwaffensperrvertrag unterschrieben hat, ausschließlich zur friedlichen Nutzung der Kernenergie bestimmt ist) ist nicht beendet. Trotz Trumps Drohkulisse, eine „ganze Zivilisationen zu vernichten“ blieben diese Drohungen leer und Iran erreichte letztendlich einen Sieg, bei dem die USA einen Deal machen mussten. Sie haben im Grunde nichts gewonnen, sondern dem Iran sogar Zugeständnisse machen müssen, was als „tragfähige Verhandlungsgrundlage“ bezeichnet wurde. Das ist eine vollständige Niederlage der Amis und des Imperialismus und deshalb gehört der Sieg auch den Völkern der Welt. Die ihre Solidarität mit den Angegriffenen und ihre Ablehnung des ungerechten Krieges überall zum Ausdruck brachten.

Iran, als ein Beispiel von vielen zeigt, dass die unterdrückten Nationen den imperialistischen Ländern reale und harte Schläge versetzen können. Trotz der intensiven Bombardierung durch die USA und ihren Lakaien, allen voran Israel, ist es ihnen nicht gelungen, den Iran in die Knie zu zwingen. Die große These des Vorsitzenden Mao, dass der Imperialismus ein Papiertiger ist, bestätigt sich ein weiteres Mal. Die USA haben es nicht geschafft, ihre strategischen Ziele durchzusetzen und mussten sich letztendlich mit einer Niederlage abfinden. Der

Imperialismus wirkt mächtig und kann viel Leid, Elend, Zerstörung und Tod anrichten, er konnte einen Teil der iranischen Bevölkerung abschlagen, aber am Ende des Tages konnte er den Sieg nicht davontragen. Dieser Krieg reiht sich ein in eine lange Reihe strategischer Niederlagen, denn die USA haben im Grunde seit dem zweiten Weltkrieg keinen Krieg mehr gewonnen, und diese Niederlage gliedert sich in diese lange Reihe der Siege der Widerstände der Völker der Welt ein. Die These Lenins, dass der Imperialismus ein Koloss auf tönernen Füßen ist, hat sich wieder einmal für richtig und wahr bewiesen. Der Imperialismus hat ein weiteres Mal Chaos gestiftet und ein weiteres Mal ist er mit seinem Vorhaben fehlgeschlagen. Die Aggression gegen den Iran ist ein Verstoß gegen das Selbstbestimmungsrecht der Nationen und ein imperialistischer Angriffskrieg gegen eine unterdrückte Nation, das ist der hauptsächliche Aspekt dieses Krieges, und der Hauptwiderspruch auf der Welt ist heute der Widerspruch zwischen dem Imperialismus und den unterdrückten Nationen und der Hauptfeind ist der US-Imperialismus, der die einzige hegemoniale Supermacht auf der Welt ist. Das muss man verstehen, ansonsten wird man auch den Charakter dieses Krieges nicht verstehen können. Solange die Regierung des Irans einen Verteidigungskrieg gegen die imperialistische Aggression führte, war dies ein gerechtfertigter Kampf.

Die Parole „Weder Shah noch Mullah!“ ist am Ende des Tages eine Politik der Spaltung bzw. Separatismus à la Trotzki gegen eine mögliche nationale Einheitsfront zur Verteidigung gegen die imperialistische Aggression. Aber die Marxisten müssen und werden immer auf der Seite der unterdrückten Nationen und ihres Kampfes stehen, wenn diese sich gegen den Imperialismus verteidigen. Alles andere wäre mehr als „nur“ ein schwerer Fehler, es wäre ein Verbrechen.

VENEZUELA: RODRÍGUEZ FÜHRT DIE NATIONALE KAPITULATION

Die Aggression gegen die venezolanische Nation, die von den US-Imperialisten am 3. Januar 2026 durchgeführt wurde, die Invasion und die Bombardierungen des venezolanischen Territoriums sowie die illegale Entführung des Präsidenten, Nicolás Maduro, durch die Armee der USA sind nicht nur eine Verletzung der nationalen Souveränität, sondern auch eine Kriegshandlung gegen die venezolanische Nation im Rahmen der US-Pläne zur Beherrschung Lateinamerikas.

Die USA haben zuvor und auch danach Schiffe in der Karibik und im Pazifik angegriffen, mehr als 100 Menschen außergerichtlich getötet und auch damit offen die nationale Souveränität Venezuelas, Kolumbiens und anderer lateinamerikanischer Länder sowie das Völkerrecht verletzt.

Am Ende des 19. Jahrhunderts wurde Lateinamerika zur strategischen Basis für den US-Imperialismus, auf die er sich stützt, um seine Weltherrschaft aufrechtzuerhalten. In den letzten zehn Jahren hat sich die Krise des Zerfalls des US-Imperialismus in beispielloser Weise verschärft. Seine Weltvorherrschaft, so wie das gesamte imperialistische System, ist im Niedergang begriffen, und der interimperialistische Kampf zur Neuaufteilung der Plünderung der Welt verschärft sich.

In ihrer neuesten nationalen Sicherheitsstrategie vom Dezember 2025 konzentrieren sich die Amis auf Lateinamerika und verkündet den „Trump-Zusatz“ zur Monroe-Doktrin, der den Vereinigten Staaten Zugang zu „wichtigen Vermögenswerten“, „Schlüsselstandorten“ und Unterstützung für „kritische Lieferketten“ gewährt, während gleichzeitig die Notwendigkeit betont wird, dass Lateinamerika „frei von feindlichen ausländischen Übergriffen“ bleibe und über Regierungen verfügen muss, die im Kampf gegen „Narkoterroristen“ kooperieren, gegen die der Einsatz „tödlicher Gewalt“ möglich ist.

Das Besondere an diesem historischen Moment ist, dass die Verschärfung der Aggression, nicht auf Unterwerfung beschränkt ist, die den Plänen der Imperialisten zur Plünderung und Ausbeutung unterdrückter Länder innewohnt. In diesem Moment geht es insbesondere auch darum, die in den 1990er Jahren

ausgearbeiteten Hegemoniepläne des US-Imperialismus zur Verstärkung seiner Dominanzstrategie auf den amerikanischen Kontinenten weiter zu verwirklichen, sie aber auch an den Niedergang dieser Hegemonie und die beispiellose Verschärfung der wirtschaftlichen, politischen und militärischen Krise, in der er sich befindet, anzupassen. So sollen Positionen der Amis bei ihrer Ausdehnung auf den Pazifik und bei ihren Vorbereitungen für einen dritten imperialistischen Weltkrieg vorangetrieben werden.

Hinter ihrer Rhetorik von „nationaler Sicherheit“ und „Feinden im Inneren“ verbirgt sich die Angst vor den Völkern, vor dem Aufstand des US-amerikanischen Volkes selbst. Die Amis versuchen, die Verdrängung einer politischen, wirtschaftlichen und militärischen Kraft zu normalisieren, indem sie ein System von Militärstützpunkten auf dem gesamten amerikanischen Kontinent einrichten und die Armeen der einzelnen Länder zunehmend unter die Kontrolle und das Kommando des United States Southern Command stellen. Sie beginnen eine neue Phase ihrer strategischen Pläne im interimperialistischen Kampf um die Aufrechterhaltung ihrer Hegemonie, um den Einfluss anderer imperialistischer Mächte zu neutralisieren und die Rebellion der unterdrückten Völker einzudämmen, mit dem Ziel, eine Revolution abzuwenden.

Die Yankees haben ihre Truppen nach Paraguay an die Grenze zu Brasilien entsandt. Sie machen Militärübungen in Panama und haben faktisch die Kontrolle über den Panamakanal. Sie stellen militärische Ultimaten, um die kolumbianische Regierung zu zwingen, sich der neuen Form der interventionistischen Politik weiter zu unterwerfen. Dabei stehen die US-Imperialisten an der Spitze der konterrevolutionären Bombardements in Catatumbo, Ituango und im kolumbianischen Amazonasgebiet.

Als Teil ihres Plans haben die Amis El Salvador unter ihrem direkten Befehl in ein großes Konzentrationslager verwandelt. Sie haben die militärische Besatzung Mexikos vertieft und den Krieg gegen das Volk unter dem Vorwand des Krieges gegen „Drogen“ verschärft – ein Geschäft, das vom Imperialismus für seine eigenen politischen und wirtschaftlichen Interessen gefördert wurde.



ESTAS

ÍOS!

EL COM

ANTIIMP

INTER

GRESO

IGA

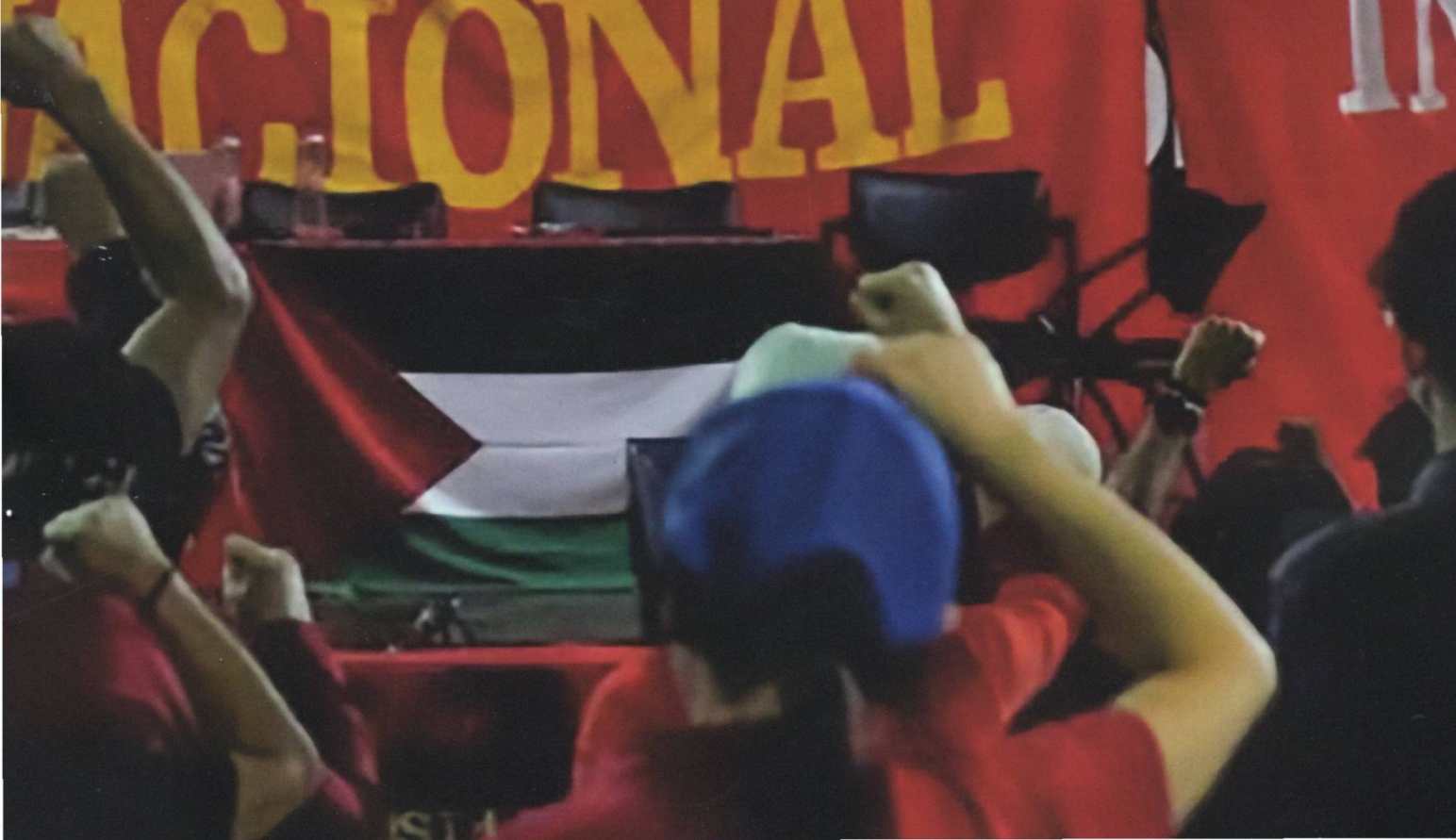
ERIALISTA

ACIONAL

¡L

DE

IN



Was in diesen Ländern zu beobachten ist, lässt sich in ganz Lateinamerika und der Karibik feststellen, wo der US-Imperialismus, oft unter dem Vorwand der „Bekämpfung des Drogenterrorismus“, seine Unterwerfung der unterdrückten Nationen verstärkt, um die Ausbeutung der Massen und der natürlichen Ressourcen zu steigern. Die Präsenz anderer imperialistischer Mächte in der Region soll behindert und die militärische Besetzung der Region im Rahmen seiner Vorbereitung auf einen zwischenimperialistischen Krieg vertieft werden.

Besonders hervorzuheben und zu verurteilen ist die Situation in Ecuador, wo die Amis eine Art Vorposten als Blaupause für ihre Intervention in der Region errichten wollen, und dabei auch Israel in ihre militärischen Pläne und die Unterwerfung der Region einbeziehen. Die perfiden Bombardements gegen Bauern und arme Bergleute an der Nordgrenze sind ein Beweis dafür, dass der Imperialismus eine neue Stufe offenerer Aggression erreicht hat, wobei Ecuador ein entscheidendes Ziel ist, was mit der vollständigen Kollaboration der ecuadorianischen Lakaienregierung geschieht.

Es ist nicht so, dass die lateinamerikanischen Regierungen sich von der traditionellen Politik und Wirtschaft der Unterwürfigkeit gegenüber den USA abwenden würden, die sie im letzten Jahrhundert als Lakaien praktiziert haben, entweder als offen erklärte Vasallen und andererseits Vasallen mit leerer antiimperialistischer Rhetorik.

In diesem größeren Zusammenhang müssen die Entwicklungen in Venezuela betrachtet werden.

Nach der Gefangennahme und Verschleppung Maduros, distanzierte sich Trump von María Corina Machado, der Anführerin der „Opposition“ im Land und Friedensnobelpreisträgerin von 2025, und die damalige Vizepräsidentin, Delcy Rodríguez, wurde am 5. Januar Interimspräsidentin von Venezuela. Gestützt auf diesen von Trump verliehenen Titel agiert Rodríguez als eine Art Totengräberin des sogenannten „Chavismus“.

US-Außenminister Marco Rubio erklärte den Plan der Amis mit Rodríguez: Erst sollte das Land stabilisiert werden (die Wirtschaft, insbesondere aber auch Kontrolle über Militär und Sicherheitsdienste, um Chaos zu vermeiden), dann Wiederaufbau

mit Schwerpunkt auf „nationaler Versöhnung“ und schließlich ein „demokratischer“ Übergang, Normalisierung bis hin zu Wahlen.

Rodríguez stützt sich in ihrer Herrschaft auf eine Art Triumvirat, aus ihr, ihrem Bruder und dem Innenminister, Diosdado Cabello. Sie inkooperierte so Teile der alten Kräfte der Maduro-Administration, besonders der bewaffneten Kräfte.

Anfangs führte sie große Worte über die nationale Souveränität im Mund, gleichzeitig aber gab sie Erklärungen ab, worin sie ihre Bereitschaft zur „Zusammenarbeit“, das heißt Unterwerfung, unter die USA erklärte.

Stephen Miller, ein Berater des Weißen Hauses, erklärte, dass Beamte aus Caracas wiederholt Nachrichten nach Washington geschickt hätten, in denen sie sich bereit erklärten, die von den Vereinigten Staaten auferlegten „Bedingungen, Forderungen und Auflagen“ zu akzeptieren.

Demnach hatte die venezolanische Regierung den USA bereits am 5. Januar, dem Tag als Delcy Rodríguez vom ihrem Bruder, Jorge Rodríguez, dem Präsidenten der Nationalversammlung Venezuelas, als amtierende Präsidentin vereidigt wurde, unmissverständlich mitgeteilt, dass sie die Bedingungen und Anforderungen der Vereinigten Staaten erfüllen wird. „Um Handel zu treiben, brauchen sie unsere Erlaubnis. Um eine Wirtschaft zu betreiben, brauchen sie unsere Erlaubnis. Die Vereinigten Staaten haben das Sagen“, machte Miller deutlich.

Diese Aussagen haben sich bewahrheitet. Rodríguez führt ein Regime der nationalen Kapitulation gegenüber den USA. Wie sich zeigt, ist dies nicht vom Himmel gefallen. Denn bereits im April und September 2025 hatte eine Gruppe unter der Führung von Rodríguez und ihrem Bruder sich den Amis als „akzeptable“ Alternative zu Maduro angebotet. Es sollte einen „Maduroismus ohne Maduro“ geben. Damals von Seiten Rodríguez geplant, als ein friedlicher Übergang, um Stabilität zu wahren in dem der Machtapparat erhalten werden sollte. Die in diesen Plänen skizzierte institutionelle Kontinuität ist nun, auch ohne friedlichen Übergang, zumindest in der Persona Rodríguez umgesetzt.

Auch der militärische Überfall der USA geschah wohl in Einvernehmen mit Rodríguez. Im Dezember so berichtete „The Guardian“, soll Rodríguez der US-Regierung mitgeteilt haben, sie sei bereit. „Delcy sagte: ‚Maduro muss weg‘“, werden entsprechende Quellen zitiert.

Beamte der Trump-Administration führten ebenfalls Monate vor der USA-Aggression Gespräche mit dem venezolanischen Innenminister, Diosdado Cabello, wie Reuters berichtete. Offizielle Stellen warnten Cabello demnach davor, die von ihm beaufsichtigten Sicherheitsdienste und andere bewaffnete Strukturen des „Chavismus“ einzusetzen. Dieser Sicherheitsapparat, den Cabello führt, Geheimdienste, Polizei und Streitkräfte, ist bis heute weitgehend intakt geblieben und Cabello hat seinen Posten behalten.

Wie die nationale Kapitulation von Rodríguez sich konkretisiert kann im Folgenden gesehen werden:

Am 8. Januar ließ die Regierung neun ausländische und venezolanische politische Gefangene frei. Donald Trump verkündete daraufhin, er habe aufgrund dieser „Geste der Kooperation“ eine zweite Angriffswelle abgesagt. Anschließend haben die Amis und die Regierung Rodríguez Gespräche aufgenommen, um die diplomatischen Beziehungen wieder aufzubauen.

Am 16. Januar traf sich Rodríguez in Caracas mit dem Direktor der CIA, John Ratcliffe, um über die Zusammenarbeit der Geheimdienste, die wirtschaftliche Stabilität und Maßnahmen gegen „Drogenhändler“ zu sprechen.



Rodríguez trifft offiziell die CIA

Am 28. Januar verkündete Rodríguez, dass die USA verschiedene Gelder freigeben würden, die mit den Sanktionen gegen Venezuela aus dem Jahr 2019 in Zusammenhang stehen. Am nächsten Tag meldete Reuters, dass der US-amerikanische Raffineriebetreiber Citgo zum ersten Mal seit 2019 venezolanisches Öl gekauft habe. US-Außenminister Marco Rubio erklärte, dass die Gelder aus den Ölverkäufen auf ein Konto eingezahlt würden, welches die USA kontrollierten.

Am 29. Januar unterzeichnete Rodríguez eine Reform des venezolanischen Gesetzes über Kohlenwasserstoffe, die die Vorherrschaft des staatlichen Ölkonzerns Petróleos de Venezuela (und des US-Monopols Chevron) beendete. Diese Reform ermöglicht es jetzt privaten ausländischen Unternehmen, Ölproduktion und den Ölvertrieb in Venezuela zu verwalten. Außerdem wurde diesbezüglich ein wichtiges Hoheitsrecht Venezuelas, die Gerichtsbarkeit in Streitfragen, durch Rodríguez aufgegeben. Künftig können Schiedsgerichte im Ausland über venezolanische Angelegenheiten urteilen. Am gleichen Tag verkündete Donald Trump, dass der gesamte kommerzielle Luftraum über Venezuela wieder geöffnet sei und Amerikaner bald wieder nach Venezuela einreisen könnten.

Am 30. Januar 2026 verkündete und unterzeichnete Rodríguez das „Amnestiegesetz für demokratische Koexistenz“, das Amnestie für politische Vergehen und politisch motivierte Gewalttaten gewährt, die seit 1999 begangen wurden.

Die US-Diplomatin Laura Dogu wurde für Venezuela verantwortlich. Am 2. Februar traf sie sich im Miraflores-Palast mit Delcy und Jorge Rodríguez, um die „Arbeitsagenda zwischen der Bolivarischen Republik Venezuela und den Vereinigten Staaten“ festzulegen.

Am 13. Februar traf Rodríguez sich mit einer Delegation unter der Leitung des US-Energieministers Chris Wright, und beide Seiten erörterten die „Zusammenarbeit im Energiesektor“.

Am 19. Februar trafen sich der Chef des US-Südkommandos, General Francis Donovan, und der hochrangige Pentagon-Beamte Joseph Humire in Caracas mit Delcy Rodríguez, dem damaligen Verteidigungsminister Vladimir Padrino López und dem Innenminister Diosdado Cabello, um „über Sicherheitsfragen zu sprechen“.

US-Innenminister Doug Burgum besuchte Venezuela und traf sich in diesem Rahmen am 4. März mit Rodríguez. Sie „erörterten Lieferketten für kritische Mineralien in Venezuela“.

Am 5. März vereinbarten das US-Außenministerium und die venezolanischen Behörden die Wiederaufnahme der diplomatischen und konsularischen Beziehungen.

Am 12. März erkannten die Vereinigten Staaten formell die Autorität von Rodríguez an.

Im März erteilten die Vereinigten Staaten auch eine Lizenz zur Genehmigung des Handels mit venezolanischem Gold und die Zulassung von Geschäften von „Minarven“, dem staatlichen Goldminenunternehmen Venezuelas. Anfang April haben die USA die Sanktionen gegen Rodríguez persönlich aufgehoben, wie aus einem Eintrag des Office of Foreign Assets Control auf der Website des US-Finanzministeriums hervorgeht.

Mitte April unterzeichnete Rodríguez ein neues Bergbaugesetz. Dabei dankte sie Donald Trump für „seine Bereitschaft, die bilaterale Zusammenarbeit voranzutreiben“. Rodríguez dankte auch Marco Rubio für dessen, wie sie es nannte, „Bereitschaft zur Aufnahme diplomatischer und wirtschaftlicher Kooperationsbeziehungen mit Venezuela“.

Der Internationale Währungsfond und die Weltbank, beides Instrumente hauptsächlich des US-Imperialismus, gaben am 16. April bekannt, dass sie die

Rodríguez trifft Chris Wright



Beziehungen zu Venezuela wiederherstellen, die Übergangsregierung legitimieren und neue Möglichkeiten für finanzielle Unterstützung eröffnen. Innerhalb weniger Stunden bestätigte die venezolanische Regierung, dass auch sie die seit 2019 eingefrorenen Beziehungen aufnehmen werde.

Rodríguez organisierte während der kurzen Periode ihrer Präsidentschaft eine Säuberungswelle gegen die Familie Maduro und deren Vertraute. Rodríguez ersetzte innerhalb von drei Monaten nach dem militärischen Überfall der USA 17 Minister und wichtige Militärkommandeure durch ihre Gefolgsleute. Besonders hervorzuheben ist die Absetzung des Verteidigungsminister Padrino López im März, der zwölf Jahre lang das Verteidigungsministerium geleitet hatte. Sein Nachfolger wurde Gustavo González López, der ehemalige Chef des Geheimdienstes SEBIN. Bereits Anfang Januar hatte Rodríguez diesen zu ihrem Leibwächter ernannt. Außerdem ist die Absetzung des Generalstaatsanwalts Tarek William Saab, einer Schlüsselfigur in der Justiz der Maduro-Administration, von besonderem Gewicht für die Machtverhältnisse in Venezuela. Innenminister Cabello ist der einzige hochrangige Minister aus der Maduro-Regierung, der sein Amt behalten konnte. Auch Cabellos Cousin und sein Bruder konnten ihre Positionen als Chefs des Geheimdienstes und des Nationalen Steuerdienstes behalten, und seine Tochter wurde Venezuelas neue Tourismusministerin.

Solche „Geschäftsmänner“, die durch Verbindungen zur Familie Maduro Reichtum angehäuft hatten, wurden verhaftet, ohne dass die Anklagepunkte offen gelegt wurden. Maduros Verwandte wurden von Ölgeschäften ausgeschlossen und mit einem Auftrittsverbot in den

Medien belegt. So festigte Rodríguez ihre Machtbasis und verkauft ihre Heimat an die USA. Anstatt, dass das Volk Venezuelas aktiv kämpft und sich die gesamte Nation so im nationalen Widerstand vereinen kann, betreibt Rodríguez die nationale Kapitulation. Diese hat ihre ökonomische Basis in reichlich fließenden US-Dollar und auch in „Hilfslieferungen“ von beispielsweise Medikamenten. Trotzdem werden Demütigungen und Plünderungen durch die USA in Venezuela auf kurz oder lang eine mächtige Welle sozialer Unruhen mit dem Ziel die Amis zu vertreiben hervorrufen.

USA-AGGRESSION GEGEN KUBA

Der US-Imperialismus entfaltet schon seit Jahren seine militärische Aggression gegen Kuba. Das wohl bekannteste Beispiel ist die Invasion in der Schweinebucht, mit welcher die Amis versuchten, ihre Söldner auf Kuba landen zu lassen, um die Regierung zu stürzen. Dieser Versuch aber wurde von Kuba zurückgeschlagen.

Währenddessen und anschließend entfaltete der US-Imperialismus eine terroristische Kampagne, die sogenannte „Operation Mongoose“, Eisenbahnbrücken, Petroleum-Lagereinrichtungen, ein Kraftwerk und viele andere Einrichtungen ziviler Infrastruktur wurden sabotiert, Söldner wurden bewaffnet, welche Aufstände starteten. Immer wieder gab es Anschlagversuche gegen die Führer Kubas, insbesondere gegen Fidel Castro.

Seit 1962 steht Kuba unter einen Embargo durch den US-Imperialismus, es kommen keine Waren vom US-Markt nach Kuba. Wer nach Kuba reist, darf nicht mehr in die USA einreisen. Es ist das am längsten andauernde Handelsembargo in der modernen Geschichte.

Nach dem Bankrott des Revisionismus und dem darauf folgenden Kollaps des sowjetischen Sozialimperialismus wurde die Lage für Kuba wesentlich schwieriger, die gegenwärtige Lage entstammt aus eben dieser Situation. Teilweise gibt es kein Funknetz, es gibt teilweise nicht genug Nahrung oder Benzin, die Preise steigen enorm, die ökonomische Krise ist sehr scharf.

Die gegenwärtige Offensive des US-Imperialismus gegen Kuba ist Teil der Gesamtstrategie der Amis in Fragen von Lateinamerika und der Karibik und in diesem Szenario haben die USA mit Beginn des Jahres 2026 eine komplette Öl-Blockade gegenüber Kuba errichtet, wodurch es immer wieder zu massiven Stromausfällen auf der gesamten Insel kommt – allein im März kam es bereits zu drei landesweiten Stromausfällen. Auch Autos können teilweise nicht fahren, weil der Sprit knapp oder zu teuer ist. Ländern, die Kuba weiter mit Öl beliefern wollten wurde mit Zöllen oder Invasion gedroht.

Anfang des Jahres kam es bereits zu einem Zusammenstoß zwischen dem kubanischen Militär und einem Schnellboot aus den USA, welches aus Florida gestartet war, mit zehn Gusanos (Spanisch für „Wurm“; Begriff, für nach der Revolution in die USA getürmte Kubaner) an Bord. Bei dem Zusammenstoß wurden vier Personen auf dem Schnellboot getötet, der Rest verletzt und in Gewahrsam genommen. Auf dem Boot wurden Waffen, Sprengsätze und Tarnuniformen gefunden.

Trump selbst behauptete, dass die Regierung Kubas „sehr bald fallen wird“ und seine Führer „unbedingt einen Deal abmachen wollen“. US-Außenminister und „Gusano“ Marco Rubio, wäre schon in tiefe Gespräche mit der kubanischen Regierung verwickelt.

Trump sprach davon, dass Kuba zwei Optionen habe: „eine freundliche Übernahme oder die

Das kubanische Volk trotzt den Amis seit Jahrzehnten



nicht-freundliche Alternative“, und dass es keinen Unterschied machen würde, welche der beiden Optionen es sein würde. Das heißt: Entweder nationale Kapitulation oder militärische Aggression.

„Kubas Wirtschaft funktioniert nicht, und das politische und staatliche System ist nicht in der Lage, das zu ändern. Daher sind grundlegende Veränderungen notwendig. Dort müssen einige wichtige Entscheidungen getroffen werden“, sagte US-Außenminister Marco Rubio am 17. März.

Das Staatsoberhaupt Kubas, Miguel Díaz-Canel, kündigte angesichts der umfangreichen Vorstöße der USA an, jedem „äußeren Aggressor“ mit „unbeugsamem Widerstand“ zu begegnen. Der kubanische Vize-Außenminister Carlos Fernández de Cossío erklärte, die Insel bereite sich auf eine mögliche US-amerikanische „Militäraggression“ vor. Díaz-Canel bestätigte jedoch am 13. März öffentlich, dass Kuba mit den Vereinigten Staaten über Lösungen für die Differenzen beider Länder verhandelt. Diese Gespräche befänden sich derzeit jedoch noch in einem frühen Stadium.

Solche Treffen wurden unter anderem durch hochrangige Beamte des US-Außenministeriums an die Presse durchgestochen. So trafen sich Beamte des Außenministeriums mit dem Enkel des pensionierten kubanischen Staatschefs Raúl Castro am 10. April auf Kuba.

Es gab im Zuge dieser Reise auch offizielle Gespräche mit der kubanischen Regierung. Das war die erste Reise von US-Offiziellen nach Kuba (ausgenommen des besetzten Guantanamo) seit 2016. Raúl Guillermo Rodríguez Castro hatte sich schon im Februar auch mit Marco Rubio auf der Karibikinsel St. Kitts und Nevis getroffen – dieses Treffen war es, das Trump erwähnte.

Die USA haben Kuba laut Presseberichten auf den Treffen am 10. April eine zweiwöchige Frist zur Freilassung prominenter politischer Gefangener gesetzt. Dies ist Teil der umfassenderen Forderungen der Trump-Regierung nach Unterwerfung unter die Hegemonie der Amis.

Nach diesem Treffen beauftragte Castros Enkel einen kubanischen Geschäftsmann, persönlich einen Brief ins Weiße Haus zu bringen und dabei die offiziellen Kanäle zu umgehen. Dieser Mann, Roberto Carlos Chamizo González, wurde jedoch in Miami abgefangen, wie das Wall Street Journal berichtete.

USA TODAY berichtete indes am 15. April, dass die militärischen Planungen für einen möglichen Angriff der USA auf Kuba im Stillen intensiviert würden. In dieser Zeit wurde auch berichtet, dass eine US-Militärdrohne zur Aufklärung in der Nähe von Kuba gesichtet worden sein soll.

Wie nah ein Überfall der USA tatsächlich ist, ist indes fraglich, insbesondere angesichts der Schmach, die die Amis von Iran versetzt bekommen haben. Das weiß man auch in Washington: „Kuba ist ein Sonderfall“, erklärt unlängst der nationale Sicherheitsanalyst Hal Kempfer. „Das würde unsere Streitkräfte stark belasten, und ich weiß nicht, ob wir das wollen, solange wir noch durch andere militärische Verpflichtungen gebunden sind.“

Jede Aggression gegen Kuba ist ein Verstoß gegen das nationale Selbstbestimmungsrecht und muss als solche verurteilt werden. Die Einzigen, die das Recht haben, über das Schicksal Kubas zu bestimmen, sind das kubanische Volk, niemand anders. Das betrifft nicht nur militärische Fragen, sondern auch Versuche des Regime-Change bzw. Putsche anzuzetteln.

Die Amis richten ihren völkermörderischen Kriegsapparat auch gegen Kuba, um das politische System zu zerstören, das sich den Befehlen dieses Imperiums hartnäckig widersetzt hat. Ein Volk, das sich seit Jahren gegen die vom US-Imperialismus auferlegte illegitime politische und wirtschaftliche Blockade und Angriffe zur Wehr gesetzt und dadurch viel Prestige gewonnen hat. Darum hat die Entwicklung in der Nord-Karibik einen besonderen Wert für die USA und ist gleichzeitig brandgefährlich. Ein „friedlicher Übergang“ erscheint dabei als realistischstes Szenario, würde ein militärischer Angriff doch die ohnehin brenzlige Situation in Lateinamerika und den Hass auf die Amis unter den Völkern noch mehr anfeuern.

STAATLICH FORCIERTE ARMUT - VERSCHÄRFT E AUSBEUTUNG

Unter dem Deckmantel der Krisenbewältigung, der Krise des deutschen Finanzkapitals und seiner politischen Repräsentation, treiben sowohl die Regierung des Betrügers Friedrich Merz als auch die Arbeitskäufer ihre Angriffe auf die Arbeiterklasse in Deutschland und auch weltweit voran.

Klingbeil wurde in diesem Sinne als (Un-)Heilverkünder auserkoren. „Wir werden als Gesellschaft insgesamt mehr arbeiten müssen“, erklärte der SPD-Chef. Dabei bedeutet mehr nicht „nur“ einfach ein paar Stunden mehr pro Woche, sondern auch mehr Voll- statt Teilzeitarbeit. Dabei ist die Argumentation kontrafaktisch und basiert auf einer Hetzkampagne gegen die angeblich „faulen“ Arbeiter, die schlicht nicht bereit seien ordentlich anzupacken. In der Tat arbeiten, laut bürgerlicher Statistik, die „abhängig Beschäftigten“ in Deutschland so viel wie nie zuvor. Pro Jahr sind es demnach insgesamt rund 55 Milliarden Stunden, 1991 waren es noch 52 Milliarden.

Das Gesamtarbeitsvolumen ist also deutlich angestiegen. Das liegt insbesondere daran, dass immer mehr Frauen werktätig sind. Die Erwerbsbeteiligung von Frauen ist zwischen 1991 und 2022 um 16 Prozentpunkte auf 73 Prozent angestiegen. Allerdings ist etwa die Hälfte eben dieser Frauen in Deutschland teilzeitbeschäftigt, weshalb die durchschnittliche Wochenarbeitszeit in den vergangenen Jahrzehnten kontinuierlich gesunken ist. Frauen arbeiten durchschnittlich etwa 33 Stunden, Männer hingegen 40 Stunden pro Woche.

Um Mehrarbeit und die Aufnahme von Arbeit unter schlechteren Arbeitsbedingungen zu erzwingen plant die Regierung Maßnahmen. Eine dieser geplanten Instrumente ist die Abschaffung des Ehegattensplitting – um zehntausende Frauen zur Vollzeitarbeit zu bewegen, weil man sich sonst Familie nicht mehr leisten kann. Freilich ist das Ehegattensplitting eine reaktionäre Angelegenheit, die Frauen ökonomisch an ihren Ehemann kettet, ihre Abschaffung wäre also grundsätzlich zu befürworten. Jedoch zielt die von der Regierung geplante Maßnahme auf eine Verarmung der Arbeiterfamilien, die der Frau erhebliche Lasten aufbürdet, denn eine Entlastung von der unbezahlten

Reproduktionsarbeit wird es nicht geben – egal welche Versprechungen in dieser Hinsicht bereits getätigt wurde, sie haben sich alle als Lügen herausgestellt.

Die geplante Abschaffung der beitragsfreien Mitversicherung in der Krankenversicherung von Ehepartnern, die nicht arbeiten zielt in die gleiche Richtung. Das bedeutet erhebliche Mehrkosten für Familien. Monatlich belaufen sich diese Kosten auf mindestens 280 Euro. Das entspricht ziemlich genau der Hälfte des staatlicherseits festgelegten sachlichen Existenzminimums für ein Kind in Deutschland. Diese anvisierte Verarmung betrifft rund die Hälfte der Gesamtbevölkerung Deutschlands.

Das Recht auf Teilzeit hat in Deutschland grundsätzlich jeder. Gibt es keine betrieblichen Gründe, die dagegen sprechen, können Menschen in Teilzeitarbeit gehen. Aktuell sind das etwas weniger als ein Drittel der arbeitenden Bevölkerung, mit deutlichen Unterschieden zwischen den Geschlechtern: jeder neunte Mann und jede zweite Frau arbeiten in Teilzeit. Wenn es nach einem Teil der Regierung geht, soll Teilzeit nur noch bei Betreuungspflichten der arbeitenden Person genehmigt werden müssen. Das soll der angeblichen „Lifestyle“-Teilzeit Einhalt gebieten. „Wer mehr arbeiten kann, sollte mehr arbeiten“ heißt es dazu aus der CDU. Offensichtlich aber ist nicht der „Lifestyle“ das Problem, sondern die Rahmenbedingungen, die besonders Frauen in Teilzeit zwingen. Denn dass ihr Anteil soviel höher liegt als bei den Männern, ist kein Zufall. Viele der Frauen arbeiten in Teilzeit, weil sie eben die genannten Betreuungspflichten haben. Sie sind diejenigen, die sich neben einem Job noch um die Kinder, den Haushalt und zu pflegende Angehörige kümmern müssen. Fast 30 % gaben in einer Studie von 2023 an, dass sie wegen der Betreuung nicht Vollzeit arbeiten können. Auch wenn die Betreuungspflichten bei der Genehmigung von Teilzeitarbeit berücksichtigt werden sollen, so müssten diese erst einmal nachgewiesen werden. Jeder, der schon einmal mit dem Sozialamt zu tun hatte, weiß, dass sich solche Verfahren ziehen und man am Ende auf die Gunst des Sachbearbeiters angewiesen ist. In Deutschland fehlen bundesweit fast 400.000 Betreuungsplätze für Kinder, obwohl es einen Anspruch auf einen



Kita-Platz ab dem vollendeten ersten Lebensjahr gibt. Darüber hinaus lohnt es sich häufig einfach nicht die Kita-Gebühren zu zahlen, wenn davon ein Großteil eines Niedriglohns, der nach Steuerklasse 5 versteuert wird, aufgebracht werden muss. In München können die Gebühren für eine Kindertagesstätte bei bis zu 700 Euro pro Monat für ein Kind im Krippenalter (unter 3 Jahren) liegen. In Kiel fallen für die Krippe bis zu 500 Euro Gebühren pro Monat an, für ältere Kinder (3 bis 6 Jahre) können bis zu 300 Euro im Monat fällig werden.

Außerdem soll sich nach den gemachten Erklärungen „Mehrarbeit auch bei Empfängern von Sozialleistungen lohnen“. Was hier sehr freundlich formuliert ist, ist die „good cop“ Variante der Hetze gegen Arbeitslose und andere die auf staatliche Gelder angewiesen sind. Das bedeutet es wird mehr Druck und mehr Sanktionen auch schlechte und schlecht bezahlte Arbeit anzunehmen geben. Auch hier steht hinter der Hetze die Lüge: Nur jeder dritte Arbeitslosen ist „langzeit“ arbeitslos und nur rund jeder Sechste ist länger als fünf Jahre arbeitslos (wobei auch Arbeitsunfähigkeit inkludiert ist). Missbrauch von Sozialleistungen ist ein Randphänomen. Sogenannte „Verweigerer“ gibt es kaum. Der Bundesrat hat diesbezüglich unlängst die Einführung der neuen „Grundsicherung“ gebilligt. Kern der „Reform“ sind deutlich strengere „Mitwirkungspflichten“ für Leistungsbezieher. Wer Termine beim Jobcenter versäumt oder vereinbarte Maßnahmen

nicht einhält, muss künftig schneller und drastischer mit Kürzungen rechnen. Im Extremfall können Leistungen sogar vollständig gestrichen werden – einschließlich der Kosten für Unterkunft. Wer eine Fördermaßnahme abbricht oder sich „nicht ausreichend um Arbeit bemüht“, muss künftig mit deutlich härteren Strafen rechnen. So kann in einem solchen Fall der Regelbedarf für mehrere Monate gekürzt werden.

In Frage der Renten soll nach Klingbeil ein frühzeitiges Ausscheiden aus dem Berufsleben härter sanktioniert werden. Die Rente solle sich an den Beitragsjahren orientieren. Schon heute sind rund 3,5 Millionen Rentner „armutsgefährdet“. Über 10 Millionen – das ist etwa die Hälfte aller Rentner – erhalten weniger als 1.100 Euro pro Monat Rente. Jede Maßnahme, die diesen Zustand verschlechtert, führt dazu, dass sich Rentner gezwungen sehen, trotz der Sorgen und Nöte des Alters, erneut arbeiten zu gehen, weil die versprochenen Brotkrumen nicht zum Leben reichen. Das Bild von Alten, die Pfandflaschen sammeln, ist mittlerweile Normalität in deutschen Städten geworden. Zugleich wirbt der Vizekanzler für die Einführung einer verpflichtenden, kapitalgedeckten Betriebsrente, in die Arbeitgeber und Arbeitnehmer einzahlen. Betriebsrenten stehen den Arbeitskäufern bis zur Auszahlung zur Verfügung. Es wird also dem Arbeiter ein Teil des Lohns genommen mit dem Versprechen, dass er irgendwann – nach Inflation und Steuern auf die Rente – ein paar Euro mehr zur Verfügung stünden. Das bedeutet faktisch Lohnkürzungen.

Es wurde darüber hinaus bekannt, dass es von Regierungsseite Planungen zur Erhöhung der Mehrwertsteuer gibt. Etwa jeder dritte Euro Steuergeld – insgesamt circa 300 Milliarden – wird den Menschen im Land durch diese indirekte Steuer, die von dem Lohn bezahlt werden muss, welcher ja bereits besteuert wurde, abgepresst. Die Mehrwertsteuer steigt indes immer weiter, weil sie den Geldumsatz besteuert, ganz direkt mit der Inflation.

Wo die Regierung für die Arbeiter Erschwernisse und Armut bereithält, soll es für die Arbeitskäufer Entlastungen geben. Eine Sache dabei sind die 500 Milliarden Sondervermögen – das Ende der Schuldenbremse als Teil der Verfassung, wodurch Merz sich den Beinamen Betrüger sicherte – direkt Subventionen für das deutsche Finanzkapital und der Versuch den Staatskapitalismus vorwärts zu bringen. Auch der unbegrenzte Rüstungsetat ist eine solche Subvention, die sich schon niederschlägt. Betrachtet man die

fünf größten Rüstungsbauer in Deutschland sieht man: Rheinmetall hat seinen Börsenwert mehr als verdoppelt, Hensoldt (früher Airbus, baut Radare und optoelektronische Systeme und Mittel der elektronischen Kampfführung) und die Renk Group (baut Spezialgetriebe für Panzer, Fregatten und Eisbrecher sowie Fahrwerke und Dämpfungssysteme für militärische Ketten- und Radfahrzeuge) haben ihren Börsenwert seit Beginn des vergangenen Jahres etwa verdoppelt.

Anfang April wurde außerdem bekannt: Die 40 wichtigsten börsennotierten Unternehmen Deutschlands schütten für das abgelaufene Jahr so viel Dividende aus wie nie zuvor. Die Ausschüttung der Dax-Konzerne steigt um knapp sechs Prozent auf 55,3 Milliarden Euro.

Trotzdem will sich die Regierung bemühen es dem Finanzkapital noch leichter zu machen. Dafür soll es längere Befristungsmöglichkeiten für Arbeitsverträge geben. Eine längere Befristung führt unweigerlich zu einer schärferen Ausbeutung, vor allem sind Arbeiter in der Phase der Befristung bereit schlechtere Arbeitsbedingungen und unbezahlte Mehrarbeit zu akzeptieren, weil in dem dann längeren Zeitraum der Befristung der allgemeine Kündigungsschutz nicht gilt.

Auch gibt es Pläne der Regierung die „kurzfristige Beschäftigung“ von 70 auf 90 Tage auszuweiten. Das würde für viele Beschäftigte bedeuten, noch schärferer Ausbeutung – längere Schichten, höhere Akkorde, mehr Druck, weniger Arbeitsschutz – ausgesetzt zu sein.

Gleichzeitig zeigt sich, dass die gelben Gewerkschaften ihrer Rolle entsprechen und den von Kapital und Regierung vorgegebenen Kurs mitgehen. Alle wesentlichen Tarifabschlüsse in der Zeit der Regierung Merz liegen entweder unter oder unwesentlich über der prognostizierten Inflation von 2,5 Prozent (wobei es neue Schätzungen gibt, die von 4 Prozent Inflation in der Eurozone ausgehen).

Auch bei Massenentlassungen und Betriebsschließungen zeigen sich die Gewerkschaften kooperativ und korporativ, sie inszenieren eine Show von angeblichem „Widerstand“, um dann genau den Vorgaben zu entsprechen, was dazu führt, dass immer weitere Teile der Arbeiterklasse, auch deren mittlere und obere Segmente, von der Krisenabwälzung des Finanzkapitals betroffen sind. Freilich aber treffen solche

Verschlechterungen die am meisten Ausgebeuteten und Unterdrückten zuerst und am heftigsten. Das sind in Deutschland insbesondere ausländische Arbeiter. Saisonarbeiter in der Landwirtschaft kommen überwiegend aus Osteuropa, die meisten von ihnen aus Rumänien und unter anderem auch aus Polen, Bulgarien und Kroatien.

Dabei sind Arbeitstage von bis zu 16 Stunden und Wochenarbeitszeiten von über 70 Stunden keine Seltenheit. Gesetzliche Ruhezeiten von 11 Stunden werden systematisch ignoriert. In manchen Betrieben wird an sieben Tagen pro Woche gearbeitet, ohne irgendeinen Ausgleich für diese harte Ausbeuten.



Gleichzeitig werden diese Arbeiter u.a. durch die Form ihrer Unterbringung beraubt. Formal wird der Mindestlohn meist zwar gezahlt, jedoch werden von den Arbeitskäufern verschiedene Tricks angewandt, um die Arbeiter zu prellen. Es werden (illegaler Weise) Kauttionen, Vertragsstrafen und Kosten für Arbeitsgeräte wie Messer oder Schutzausrüstung vom Lohn abgezogen. Dazu werden horrenden Kosten für die Unterbringung in sehr schlechten Baracken verlangt. Trotz der bekannten Situation reduziert der Staat die Zahl der Kontrollen in Fragen des Mindestlohns kontinuierlich, was die ganze Heuchelei des Mindestlohns (ein Lohn der zwar zum Überleben, aber nicht zum Leben reicht) nochmals unterstreicht.

STAATSRÄSON SCHLÄGT MEINUNGSFREIHEIT

Am 21. Januar 2026 fand in Düsseldorf an der Kunsthochschule eine Veranstaltung statt, bei welcher die syrisch-palästinensische Künstlerin Basma al-Sharif ihre Filme präsentierte. Das durfte aber nicht ohne „Protest“ passieren – denn die Künstlerin hatte palästinasolidarische Posts auf Instagram veröffentlicht.

Da die treuen Cheerleader der Schlächter von Gaza, darunter die deutsch-israelische Gesellschaft, von der Veranstaltung Wind bekommen hatten, forderten sie die Absetzung dieser und organisierten sogar eine Demonstration vor der Akademie, gemeinsam mit der grünen stellvertretenden Ministerpräsidentin NRWs, Mona Neubauer.

Die Rektorin der Hochschule Donatella Fioretti hingegen verteidigte den Auftritt von al-Sharif damit, dass die Freiheit der Lehre besagt, dass in Veranstaltungen nicht einfach von außen eingegriffen werden kann, wenn keine Gesetze verletzt werden. Ein Gespräch zwischen Fioretti und der Jüdischen Gemeinde kam nicht zustande, da Letztere dieses ablehnte. Dabei ist anzumerken, dass es die Studierenden waren, die al-Sharif einluden, nicht Fioretti.

Dass die Freiheit der Meinung, Kunst und Wissenschaft auch in Artikel 5 des Grundgesetzes des bürgerlichen Staates festgeschrieben sind, ist den Vertretern eben dieses Staates offenbar egal. Die Gesetze des bürgerlichen Staats werden nur so lange eingehalten, wie sie der Bourgeoisie nützen.

Dass die Aussagen von al-Sharif dabei auch unter die bürgerliche Meinungsfreiheit fallen, ist den Zionisten und ihren Freunden in der Landesregierung dabei völlig egal.

Fioretti selbst sagte dazu in einer Stellungnahme:

„Eine Einladung kann nur dann aufgehoben werden, wenn ein klarer sachlicher Grund vorliegt – wie z. B. eine konkrete Gefährdungslage. Ein solcher Grund lag nach der rechtlichen Einschätzung nicht vor. Eine Ausladung wäre daher willkürlich gewesen.“

Auch die Hochschulrektorenkonferenz bestätigte noch einmal das Recht auf die Freiheit der Lehre:

„Jeder Hochschule, vertreten durch ihre Leitung, steht das Recht zu, im Rahmen der Gesetze selbst über die Formen des wissenschaftlichen Diskurses zu befinden [...], Ereignisse wie an der Kunstakademie Düsseldorf dürfen nicht zu einem politischen Reflex führen, die grundgesetzlich verankerte Hochschulautonomie in Frage zu stellen.“



Da die Zionisten diese Begründung für die Verteidigung der Meinungsfreiheit nicht akzeptieren wollten, starteten sie prompt eine Petition, die die Absetzung der Rektorin forderte.

Unter anderem sprach sich auch die Wissenschaftsministerin von NRW, Ina Brandes, für diese Absetzung aus und sprach davon, dass sie es bedauern würde, nicht über die Macht zu verfügen, Fioretti selber abzusetzen. Die Petition hat es indes nur auf

bedauerliche 980 Unterschriften gebracht.

Besagte Kultur- und Wissenschaftsministerin ging die anwesende Rektorin dann auch auf einer Sondersitzung des Landtags unter dem Titel „Antisemitismus in der Kultur?! Vorwürfe im Zusammenhang mit einer Veranstaltung an der Kunstakademie Düsseldorf mit einer Künstlerin am 21. Januar 2026“ an. Die Vorwürfe wurden dabei von allen fünf Parteien, CDU, SPD, Grüne, FDP und AfD im Landtag getragen, was die Lächerlichkeit der Sache noch einmal auf die Spitze



treibt. Wenn die Partei, die in ihrer Spitze einen Höcke hat, solche Vorwürfe mitträgt, dann ist es klar, dass diese Vorwürfe nur ein Werkzeug sind, um fortschrittliche Positionen zu kriminalisieren und die Meinungsfreiheit weiter einzuschränken. Fioretti selbst hat dabei nicht einmal eine besondere. Stellungnahme hinsichtlich der Frage Palästinas abgegeben, sondern einzig und alleine nur die Meinungsfreiheit, welche, wie gesagt, in der Verfassung der BRD als ein Recht festgelegt ist, verteidigt. Alleine das reichte schon, um sich den Hass des Packs an Besatzerfreunden einzufangen.

Es kam unter anderem auch zu Drohungen gegen die Veranstaltung im Internet:

„Wir werden schon einen Weg finden, ihre asoziale Abschaumveranstaltung so zu stören, wie es sonst Antisemiten bei jüdischen Themen tun, weil sie an einen Genozid glauben wollen, den es zu geben hat, weil die Hamas ihn verkündete. Wir sehen uns dann morgen.“

„Ihr linksextremen HamaSS Fans seid für unsere Demokratie und Freiheit mittlerweile gefährlicher als die Deppen von der AfD. Ihr ähnelt den Nazi Mitläufern in den 1930ern mehr als ihr denkt und mehr als die, die ihr als Rechts tituliert. Euch Faschos geht's jetzt an den Kragen.“

Entsprechend musste die Veranstaltung unter erhöhten Sicherheitsmaßnahmen durchgeführt werden, und die Veranstaltung als interne Veranstaltung abgehalten werden. Dies stellen die Zionisten, die den Aufruhr veranstaltet hatten, anschließend so dar, als hätte man versucht, einer Diskussion aus dem Weg zu gehen. Die Herrschenden fürchten sich vor der neuen Welle der antiimperialistischen Bewegung in Deutschland, die wahrhaftig vom Volk getragen wird und sich immer mehr entwickelt, in Solidarität mit den unterdrückten Völkern. Deswegen versuchen sie, diese zu bekämpfen, aber sie werden, am Ende des Tages, niemals den Zorn des Volkes unterdrücken können.

Jegliche Meinungen, die von der Staatsräson (die politische Linie des Staates, die nach Machiavelli über Recht und Gesetz erhaben ist) abweichen werden vom bürgerlichen Staat bekämpft, als illegitim dargestellt und kriminalisiert, entgegen jeglicher Rechten, die der bürgerliche Staat selber den Menschen verspricht. Denn der bürgerliche Staat hält sich nur so lange an die demokratischen Rechte, wie sie ihm nützlich sind. Braucht er mehr Repression, so wird es auch mehr Repression geben. Man darf keine Illusionen in den bürgerlichen Staat haben, ebenso wenig in die bürgerlichen Freiheiten und trotzdem muss man letztere gegen die Angriffe des Staates verteidigen und sie mit einer Perspektive verbinden, einen Ausweg aus der Misere des Imperialismus aufzeigen.

WWW.DEMVOLKEDIENEN.ORG



Täglich neue Nachrichten von Kämpfen in den Vierteln, Entwicklungen in der BRD sowie aktuelle Informationen über den Widerstand in den unterdrückten Nationen auf deutsch und englisch.

KOMMENDE TERMINE

HAMBURG

Café der Roten Frauenbewegung
jeden Samstag ab 14:00 Uhr
im Kaffee Stark in der Wohlwillstr.

BREMEN

Café Rebellion
BDP-Haus (Am Hulsberg 136)
Jeden 1. und 3. Mittwoch im Monat
ab 18:00 Uhr

KÖLN

monatliche Veranstaltung
des Roten Bund
jeden letzten Sonntag im
Monat

1. MAI 2026

BREMEN

DGB-Demonstration
Parkplatz Weserstadion
Beginn: 10:45 Uhr

Kundgebung des Roten Bund
Schweizer Eck (Tenever)
Beginn: 16:00 Uhr

ESSEN

Kundgebung des Roten Bund
Ehrenzellerplatz, Altendorf
Beginn: 18:00 Uhr

DÜSSELDORF

DGB-Demonstration
Johannes-Rau-Platz
Beginn: 10:30 Uhr

HAMBURG

DGB-Demonstration
S-Bahn Ottensen
Beginn: 10:30 Uhr

Kundgebung des Roten Bund
Kandinskyalle, vor dem
Edeka (Mümmelmannsberg)
Beginn: 16:00 Uhr

KÖLN

DGB-Demonstration
Heumarkt
Beginn: 13:00 Uhr

Kundgebung des Roten Bund
Görlinger Zentrum
Beginn: 17:30 Uhr

KONTAKTE

BUNDESWEIT

Roter Bund | kontakt@roterbund.de

Rote Frauenbewegung | rfk-kontakt@roterbund.de

BADEN-WÜRTTEMBERG

Roter Bund | bw@roterbund.de

BERLIN

Roter Bund | berlin@roterbund.de

BREMEN

Roter Bund | bremen@roterbund.de

Rote Frauenbewegung | rfk-bremen@roterbund.de

HAMBURG

Roter Bund | hamburg@roterbund.de

Rote Frauenbewegung | rfk-hamburg@roterbund.de

NRW

Roter Bund | nrw@roterbund.de